

Titel

Erneuerbare Energien

Antragsnummer

W 01 a

Antragsteller

Anja Peper

Info

Dieser Antrag stammt vom Stadtverband Delmenhorst und ist dort Teil des Wahlprogramms.

Text

Gerade auch als Niedersachsen lehnen wir die Nutzung von Energie aus Kernspaltung konsequent ab. Atomkraft ist gefährlich, und Langzeitschäden sind nicht abzusehen. Die Endlagerung der radioaktiv belasteten Abfälle ist nach wie vor nicht geklärt. Wir fordern daher, dass die städtischen Einrichtungen und Behörden verpflichtet werden, ausschließlich umweltfreundlich erzeugten Strom zu beziehen.

Titel

Biotreibstoff

Antragsnummer

W 01 b

Antragsteller

(Christian) Jason Peper

Info

Dieser Antrag stammt vom Stadtverband Delmenhorst und ist dort Teil des Wahlprogramms.

Text

Weitere ökologisch erzeugte Energieträger, wie z. B. Biodiesel und Biogas, sind zu fördern. Diese Förderung darf nicht dazu führen, dass Anbauflächen, die bisher für die Lebensmittelerzeugung genutzt wurden, nun für die Erzeugung von Biomasse für die Biogas- oder Biodieselerzeugung benutzt werden. Wir fordern, dass ausschließlich echte Abfälle aus der Lebensmittelproduktion als Grundlage verwendet werden.

Titel

Ratsöffentlichkeit

Antragsnummer

W 03

Antragsteller

Christian Koch

Text

Die Piratenpartei Hildesheim setzt sich für die größtmögliche Transparenz von Beschlüssen in Verwaltung und Politik ein, beginnend bei den Beratungen, bis hin zur abschließenden Entscheidungsfindung. Nur gut informierte Bürger können die Beschlüsse der Räte und Gremien hinterfragen, nachvollziehen und entsprechend bewerten. Es benötigt daher ein transparentes Umfeld um jegliche Form des Lobbyismus oder der Fehlentscheidung offen zu legen.

Die bisherige Vorgehensweise Audio- oder gar Videoaufzeichnungen nur auf Antrag bedingt zuzulassen, wollen wir daher abschaffen, und durch eine generelle Erlaubnis ersetzen. Unserer Auffassung nach sollen auch räumlich nicht anwesende Bürger- und Bürgerinnen über z. B. Streaming (also Live-Mitverfolgen über das Internet von Ton und / oder Bild) unmittelbar die Möglichkeit erhalten, Sitzungen mitverfolgen oder später einsehen zu können.

Wir wollen alle Vorgänge der Politik und Verwaltung weitestgehend veröffentlichen und darüber hinaus auch maschinenlesbar zur Verfügung stellen. Dritte (wie z. B. Presse, überregionale Verbände, Wahlportale) können diese dann nutzen, geeignet erfassen und weiterverarbeiten. Die bereits bestehenden Sitzungssysteme, sofern sie denn bereits eingerichtet und genutzt wurden, sollen entsprechend erweitert werden.

Von dieser Transparenz sind das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner zu Recht ausgenommen. Allerdings setzen wir uns dafür ein, dass bei notwendigem Ausschluss der Öffentlichkeit mindestens eine ausführliche Begründung in der Tagesordnung und dem Protokoll angegeben werden. Insbesondere Protokolle und Beschlüsse sollen in Zukunft zeitnah auch für nicht Ratsmitglieder auffindbar und lesbar sein.

Titel

Verkehrslösungen

Antragsnummer

W 04

Antragsteller

Christian Koch

Text

Mobilität ist in der heutigen Gesellschaft ein wesentliches Merkmal für die Lebensqualität der Bevölkerung. Zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik geführt unter anderem den Ausbau klimafreundlicher Verkehrsangebote und die Schaffung von einer flächendeckenden Verkehrsinfrastruktur.

Daher wollen die Piraten für ein bedarfsgerechtes Angebot an Verkehrslösungen, auch in bisher vernachlässigten Teilen der Region, Sorge tragen. Verkehrsmittel, die ökonomisch aber auch ökologisch langfristig die beste Bilanz vorweisen können, werden hierbei Vorrang haben.

Auto

Der private PKW ist im Kreis Hildesheim das Bewegungsmittel Nummer 1. Bedingt durch die Fläche und die damit zum Teil weiten Wege die für die Erledigung von (täglichen) Aufgaben nötig sind, scheint dies auf dem ersten Blick auch unumgänglich. Es gibt nur für die meisten Bürger und Bürgerinnen keine Alternativen, um das Auto nicht benutzen zu müssen.

Wir Piraten wollen durch den konsequenten Ausbau von Bahn, ÖPNV und Fahrradwegen attraktive Möglichkeiten bieten, das Auto einfach mal stehen zu lassen.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Ein engmaschigeres Netz der Verkehrslinien sowie eine häufigere Bedienung der Linien ist unser Ziel für den Landkreis und die Stadt Hildesheim. Die barrierefreie Gestaltung des ÖPNV muss konsequenter berücksichtigt werden. Dazu gehört es auch, dass schwere Gepäckstücke, Einkaufswagen oder Fahrräder ohne Mehrkosten transportiert werden.

Fahrradfahrer

Fahrradfahrer gehören neben den Fußgängern zu den schwächsten Verkehrsteilnehmern. Gleichzeitig ist Fahrradfahren ein attraktives und vor allem innerstädtisch zukunftsweisendes Verkehrsmittel. Wir setzen uns dafür ein, dass die Infrastruktur für

Radfahrer verbessert wird, etwa durch breitere Fahrradstreifen auf den wichtigsten Straßen und Wegen.

Das Radwegnetz ist konsequent nicht nur Innerstädtisch auszubauen. Eine Mitnahme von Fahrrädern in öffentlichen Verkehrsmitteln muss verbessert werden. Die Piraten unterstützen die Errichtung von sicheren Fahrradgaragen an Bahnhöfen und anderen Hauptumsteigepunkten. Fahrradwege müssen konsequent und deutlich ausgeschildert werden.

Titel

Finanzen

Antragsnummer

W 05

Antragsteller

Christian Koch

Text

Finanzen

Der finanzielle Spielraum für die gestaltende Politik ist in der Region Hildesheim sehr eng gesteckt. Dem Landkreis ist es seit Jahren nicht gelungen, die Schuldenlast zu beseitigen oder gar abzubauen.

Vertretung auf Landesebene

Dies ist allerdings nur zum Teil das Verschulden der kommunalen Politik oder der Verwaltung: Zusätzliche Belastungen sind den Kommunen in Niedersachsen sowohl vom Land als auch vom Bund auferlegt worden, ohne dass es zu einem finanziellen Ausgleich gekommen ist.

Das muss geändert werden, daher setzt sich die Piratenpartei Hildesheim insbesondere für die Interessen ihrer Region auf Landesebene ein. Weiterhin engagiert sich die Piratenpartei auch auf Bundesebene für eine weitreichende Entschuldung der Kommunen.

Bürgerhaushalte

Die Piratenpartei Hildesheim will den Bürgerinnen und Bürgern ein Mitspracherecht verschaffen, denn wir sind der Auffassung, dass mehr demokratische Partizipation bei der Haushaltsgestaltung die Identifikation des Einzelnen mit seiner Gemeinde, Kommune und seinem Kreis erhöht. Entscheidungen im Haushalt erfahren bei einem Mitspracherecht der Bürgerinnen und Bürger eine höhere Akzeptanz als solche, die ohne direkte Beteiligung gefällt werden.

Public Private Partnerships

Investitionen, die die finanziellen Mittel der Stadt überschreiten, werden häufig im Rahmen von Ausgliederungen kommunaler Bauvorhaben in private Hände (Public Private Partnerships) übergeben, um so den Haushalt zu entlasten. Neben der mangelnden Transparenz solcher Verträge gegenüber der Öffentlichkeit kritisieren wir vor allen Dingen die langfristige Bindung an den privaten Investor und die Bedienung der aus seiner Sicht durchaus legitimen Gewinnerwartung aus öffentlichen Mitteln.

Ebenso lehnen wir sogenannte „Sell-Off and Lease-Back“-Verträge ab, bei denen z. B.

städtische Infrastruktur zur Gewinnung kurzfristigen Kapitals verkauft und anschließend teuer zurückgemietet werden, da die letztendlichen Kosten das Einsparziel fast immer konterkarieren.

Regiogeld

Die Piratenpartei Hildesheim unterstützt die Einführung von Regiogeld. In diesem Zusammenhang wollen wir, dass Regiogeld als offizielles Zahlungsmittel bei der Stadt, allen städtischen Unternehmen, sowie Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, akzeptiert wird. Waren- und Dienstleistungen von Geschäften sollen in der Region Hildesheim ebenfalls mit Regiogeld bezahlt werden können.

Wir wollen mit der Einführung dieses zusätzlichen Bezahlmittels die Kaufkraft lokal binden, Fördermittel anteilig in Regiogeld auszahlen, kurze Transportwege begünstigen und somit den Grad der regionalen Selbstversorgung erhöhen.

Titel

Öffentlichkeit und Transparenz

Antragsnummer

W 06

Antragsteller

Christian Koch

Text

Die Piratenpartei steht für konsequente Demokratie, Offenheit und Transparenz. Jeder Bürger muss prinzipiell in die Lage versetzt werden, die Arbeitsweise von öffentlichen und öffentlich finanzierten Stellen im Detail zu verstehen und zu bewerten. Daraus folgt, dass alle relevanten Informationen sofort, ungefragt und in freien Formaten online der breiten Öffentlichkeit verfügbar gemacht und archiviert werden. Den Bürgern als mittelbarere Auftragsgeber ist das Recht einzuräumen, öffentlich finanzierte Inhalte nach Belieben abzurufen, zu verwenden und weiterzugeben. Dies darf nicht durch Antragsverfahren, Lizenzen, Gebühren oder technische Mittel erschwert werden. Ausnahmen von der Veröffentlichungspflicht sind nur bei schwerwiegenden Gründen möglich; diese müssen in jedem Einzelfall schriftlich dargelegt werden.

Die Entstehung politischer Entscheidungen muss für die Bürger nachvollziehbar sein. Nur so lassen sich auch Menschen mit ins Boot holen, die aus den verschiedensten Gründen nicht zu festgelegten Terminen vor Ort sein können, aber immer häufiger (laut Statistischem Bundesamt insgesamt ca. 75 % aller Personen ab zehn Jahre) das Internet nutzen. Pfliegende Angehörige, Eltern von kleinen Kindern, Menschen, die wegen einer Behinderung oder aufgrund ihres Alters nicht mehr (gern) abends aus dem Haus gehen, und weitere Personenkreise müssen endlich an den aktuellen Diskussionen beteiligt werden, anstatt nur alle vier bis fünf Jahre Kreuzchen auf einem Wahlzettel machen zu dürfen.

Dabei stellen Diskussionsforen nur eine Spitze des Eisbergs dar. „Liquid Democracy“, also „fließende Demokratie“, z. B. über Programme wie „Liquid Feedback“ (wird bei der Piratenpartei eingesetzt), ermöglicht nicht nur eine breite Diskussion sowie eine präzise und abgestimmte Formulierung konkreter Antragstexte, sondern lässt auch schon Abstimmungen zu, um ein Bild darüber zu erhalten, wie viele Bürger hinter einem solchen Antrag stehen.

Der Einsatz eines solchen Programms bindet weder Stadtverwaltung noch Rat, spiegelt aber wider, in welche Richtung die Meinung der Mitbürger tendiert. Das hilft den Ratsmitgliedern bei der Einschätzung und erhöht die Akzeptanz bei den Bürgern.

Bei bestimmten Mindestbeteiligungen und Zustimmungsraten, bspw. angelehnt an die geforderten Unterschriftszahlen für ein Bürgerbegehren, soll sich der Rat innerhalb der nächsten zwei Ratssitzungen mit dem Thema / Antrag befassen. Dabei wird weder der

Grundsatz der parlamentarischen Demokratie noch die Unabhängigkeit des Rates verletzt, denn die endgültige Entscheidung liegt weiterhin in der Hand des Rates. Ratssitzungen müssen, ausgenommen ggf. die Zeitabschnitte mit Abstimmungen, als Direktübertragung im Internet gesendet werden und danach ebenso wie Protokolle gespeichert und problemlos abrufbar sein.

Titel

Kein Verkauf von Meldedaten

Antragsnummer

W 07

Antragsteller

(Christian) Jason Peper

Text

Die Verwaltung soll die Weitergabe von Meldedaten die sich aus den Paragraphen 33 und 34 im niedersächsischen Meldegesetz ergeben so weit zu reduzieren wie es rechtlich möglich ist. Insbesondere der Verkauf an Unternehmen soll vollständig eingestellt werden. Darüber hinaus soll den Bürgern auf Verlangen auch mitgeteilt werden an wen die Daten bisher weitergegeben wurden.

Die Piratenpartei Hildesheim verpflichtet sich zudem dazu keinen Gebrauch von dem Recht zu machen die Meldedaten von Wahlberechtigten anzufordern (§34, Absatz 1)

Titel

Bleiberecht

Antragsnummer

W 08

Antragsteller

Anja Peper

Text

Wir fordern die Verwaltung auf in Verfahren zum Bleiberecht mit größerer Sensibilität gegenüber den Antragsstellern und größtmöglicher Ausnutzung der gesetzlichen Spielräume vorzugehen. Dies soll insbesondere gelten wenn die Antragsteller das 18. Lebensjahr nicht vollendet haben.

Titel

Informationsfreiheit

Antragsnummer

W 09

Antragsteller

Ortwin Regel

Text

Auch wenn es in Niedersachsen noch kein eigenes Informationsfreiheitsgesetz gibt, setzen sich die Piraten Hildesheim dafür ein, dass Informationen aus der kommunalen Verwaltung grundsätzlich öffentlich sind. Alle Dokumente und sonstigen Aufzeichnungen sollen den Bürgern spätestens auf Nachfrage zugänglich gemacht werden. Ausnahmen können gemacht werden, wenn personenbezogene Daten, Geschäftsgeheimnisse oder urheberrechtlich geschütztes Material betroffen ist, müssen aber stets im Einzelfall begründet werden. Können diese Konflikte durch teilweise Schwärzung aufgelöst werden, so ist die teilweise geschwärzte Veröffentlichung einer Nichtveröffentlichung vorzuziehen.

Titel

Liquid Feedback

Antragsnummer

W 10

Antragsteller

Ortwin Regel

Text

Das politische Diskussionswerkzeug Liquid Feedback, das bereits in der Piratenpartei seinen Einsatz zur Ausarbeitung von Anträgen findet, soll den Hildesheimer Bürgern für die Diskussion kommunaler Themen zur Verfügung gestellt werden. Die Diskussionsergebnisse sollen dann im betroffenen Rat oder Ausschuss zur Sprache gebracht werden, und so der Politik direkte Impulse liefern. Ziel ist es, die Hildesheimer Bürger direkter an der Politik teilhaben zu lassen.

Titel

Public Private Partnerships verhindern

Antragsnummer

W 11

Antragsteller

Ortwin Regel

Text

Die Piraten Hildesheim wollen sogenannte Public Private Partnerships verhindern. Zwar wollen auch wir einen Schuldenabbau. Eine versteckte Verschuldung über einen Leasingvertrag kann aber nicht die Lösung sein. Insbesondere lehnen wir auch die mit PPP immer verbundenen Geheimverträge ab, weil dabei Kommunen regelmäßig über den Tisch gezogen werden, und die Politik sich der Kontrolle durch Bürger und Medien entzieht.

Titel

Benutzung von Open-Source-Software in der Kommune

Antragsnummer

W 12

Antragsteller

Ortwin Regel

Text

Wir wollen erreichen, dass in der kommunalen Verwaltung verstärkt auf Produkte gesetzt wird, die offenen Standards entsprechen und deren Quellcode offen ist. Dies gilt zum Beispiel für die Rechnerausstattung in den Rathäusern selbst als auch in denjenigen Schulen, die in der Trägerschaft der Kommune stehen.

Titel

Unterbringung im Asylrecht

Antragsnummer

W 13

Antragsteller

Anja Peper

Text

Sammelunterkünfte für Asylberechtigte und -suchende stellen keine angemessene Unterbringen dar. Daher soll die Verwaltung dafür Sorge tragen das die Unterbringung in regulären Wohnungen möglichst zeitnah erfolgt. Dies gilt in besonderem Maße für Familien.

Des Weiteren sollten Mindeststandards für die Sammelunterkünfte auf einem angemessenen Niveau erstellt werden. Dies soll in Zusammenarbeit mit Interessenvertretungen der Asylberechtigten und -suchenden erfolgen.